

Forschungsförderung Was soll gefördert werden?

5Die Frage danach, was gefördert wird, haben das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hinlänglich beantwortet.

10So verweist das BMBF im Bundesbericht Forschung und Innovation 2008 maßgeblich auf die Hightech-Strategie oder die Exzellenzinitiative.¹

Die DFG listet in ihrem Förder-Ranking 2006 in Tabellen die von der DFG gewährten Drittmittel der einzelnen Fachgebiete in Gegenüberstellung zu den Gesamtdrittmittelleinnahmen auf. Von Interesse sind diese Tabellen, wenn man z.B. 15die Drittmittel der Geisteswissenschaften mit denen der Medizin vergleicht. Unter Geisteswissenschaften werden hier alle Kulturwissenschaften, Geschichtswissenschaften, Literatur-, Theater- und Medienwissenschaften, Theologie usw. subsummiert. Unter dem Fachbereich Medizin werden die 20Neurowissenschaften zusammengefasst. Die Geisteswissenschaften erhalten hierbei 8,7% der gesamten DFG-Mittel, die Medizin 19,7% und damit 405,9 Mio. Euro mehr als die Geisteswissenschaften.² Wenn man nun die Gesamtdrittmittelleinwerbung betrachtet, wird das Bild noch deutlicher: Hier entfällt auf die Geisteswissenschaften ein Anteil von 4,8% (476 Mio. Euro), wohingegen 25(2.630,1 Mio. Euro) auf die Medizin entfällt. Einerseits ist es einleuchtend, dass ein Fach wie die Medizin gegenüber den Geisteswissenschaften deutlich höhere Ausgaben aufweist. Das ist schon durch die Finanzierung der kostenintensiveren Forschungsgeräte nachvollziehbar. Doch betrachtet man die personelle Aufstellung der Fächer, so fällt auf: Allein bei den von der DFG untersuchten Hochschulen stehen 303.340 ProfessorInnen in der Medizin 4.111 ProfessorInnen in den Geisteswissenschaften gegenüber. Daraus ergibt sich, dass ProfessorInnen in der Medizin überdurchschnittlich viele Drittmittel einwerben. Wenn man zusätzlich noch die Anzahl der Studierenden hinzuzieht ergibt dies: 480 261 Menschen studieren eine Geisteswissenschaft wohingegen 108 614 Menschen Medizin 35studieren.³ Daraus ergibt sich eine Betreuungsrelation zuungunsten der GeisteswissenschaftlerInnen. Dieses beschriebene Ungleichverhältnis wird durch die Anzahl der Stellen im akademischen Mittelbau weiter verschärft. 8577 Mittelbaustellen in den Geisteswissenschaften stehen 37700 Stellen in der Medizin gegenüber.⁴ Hieraus ergibt sich, dass die Unterfinanzierung der 40Geisteswissenschaften durch eine an Drittmittelleinwerbung orientierte Forschungsförderung weiter verschärft wird.

Doch auf die Frage, warum die einzelnen Fachgebiete in dieser Weise gefördert werden, geben die beiden Hauptfinanziers der Forschungspolitik keine Antwort. Das 45BMBF versteckt sich hinter Aussagen wie „Die Förderung von Wissenschaft und Forschung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung muss sich daran messen lassen, welchen - insbesondere auch langfristigen - Nutzen dieser

¹ Vgl. Bundesbericht Forschung und Innovation 2008 S. 3

² Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft: Förder-Ranking 2006; S. 41

³ Vgl. Statistisches Bundesamt:

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistik/BildungForschungKultur/Hochschulen/Tabellen/Content50/StudierendeInsgesamtFaechergruppe,templateId=renderPrint.psm1>

⁴ Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft: Förder-Ranking 2006; S. 19

Einsatz öffentlicher Mittel für die Gesellschaft hat und wie dieser Nutzen auf lange Sicht erhalten werden kann.“

50 Die DFG hingegen spricht vom Wettbewerb an den Hochschulen und stärkerer Differenzierung statt der „Orientierung am alten Leitbild der allumfassenden Universität“. Im Folgenden wird dann noch der hohe Wert der „erkenntnisorientierten“ Forschung hervorgehoben. Von der freien Wirtschaft gibt es meist keine Erklärung für ihre Forschungsfinanzierung.

55

Das wohl prägnanteste Beispiel für einseitige Forschungsfinanzierung stellt die „Hightech-Strategie“ dar. In den Jahren 2006 bis 2009 investiert der Bund 14,6 Mrd. Euro in die Erforschung und den Ausbau der „17 Hightech-Sektoren“. Diese Hightech-Sektoren sind unter anderem die mit 640 Mio. Euro geförderten

60 Nanotechnologien oder auch die Biotechnologie, die immerhin 430 Mio. Euro erhält.⁵

Eine Forschungsförderung zuungunsten der Geisteswissenschaften, in denen die allermeisten Studierenden immatrikuliert sind und Forschungsvorhaben anstreben,

65 widerspricht den Ansprüchen vieler junger Menschen auf gesellschaftswissenschaftliche Forschung.

Daher fordert der fzs:

- Ergebnisoffenes Forschen nachhaltig fördern!

70 Ergebnisoffene Forschung muss ebenso Unterstützung finden wie ergebnisorientierte Forschungsvorhaben. Ergebnisorientierung erschöpft sich nicht in Wirtschafts- und Arbeitsmarktrelevanz. Nur ergebnisoffene Grundlagenforschung kann neue Forschungsfelder erschließen und diese für die Entwicklung der Gesellschaft nutzbar machen.

75

- Verwertbarkeit darf nicht das einzige Kriterium sein!
Verwertbarkeit verstehen wir nicht im Sinne kurzfristiger Nutzenerwägungen bestimmter Interessengruppen, sondern im Sinne eines nachhaltigen Angehens gesellschaftlicher Bedürfnisse und Probleme. Technische und medizinische Errungenschaften entspringen der menschlichen Natur und sind notwendig für den Fortschritt einer Gesellschaft. Den kantischen Fragen
- Was können wir wissen?
- Was sollen wir tun?
- Was dürfen wir hoffen?
85 - Was ist der Mensch?

stellen sich alle wissenschaftlichen Disziplinen, und alle tun dies mit eigenen Methoden. Daher tragen alle Disziplinen zum gesellschaftlichen Fortschritt bei und erlangen hierdurch ihre Begründung. Die Forschung in allen Forschungsbereichen soll gerecht finanziert werden, dabei muss allerdings die ethische Dimension berücksichtigt werden. Denn die Frage danach, welche Forschung nachhaltigen Fortschritt ermöglicht, darf nicht untergehen in finanzieller Verknappung und marktwirtschaftlichem Kalkül.

90

95

Forschungsfinanzierung

Der Forschungsfinanzierung in der Bundesrepublik liegt eine elementare Unterscheidung zu Grunde, namentlich die zwischen Grundmitteln und Drittmitteln. Grundmittel sind die vom Staat bereitgestellten Finanzmittel die zum

⁵ Vgl. Die Hightech-Strategie für Deutschland; Bundesministerium für Bildung und Forschung S. 56 ff.

100 größten Teil nach dem Indikator Auslastung vergeben werden. 80% dieser pauschal gezahlten Gelder entfallen hierbei auf die Deckung von Personalkosten.

Dem gegenüber stehen die Drittmittel. Diese sind keine regulären Gelder und können von den GeberInnen sowohl zeitlich befristet als auch programmgebunden bereitgestellt werden. Da diese Mittel stark begrenzt sind, werden die Gelder nach
105 wettbewerblichen Mechanismen vergeben. In diesem Kontext ist zu beachten, dass die selektiv vergebene Drittmittel im Vergleich zu Grundmitteln einen immer höheren Anteil an der Forschungsfinanzierung einnehmen. So kamen 1993 auf 100 Euro Grundmittel 13,6 Euro Drittmittel. Nur zehn Jahre später, waren es auf 100 Euro Grundmittel bereits 20,6 Euro Drittmittel.

110

Im Zusammenhang mit der Novellierung des § 25 des Hochschulrahmengesetz (HRG) im Jahr 1985 ist hier ein Negativtrend zu erkennen, Hochschulen in einen künstlichen Wettbewerb zu drängen. Der „neue“ § 25 sieht vor, dass
115 Drittmittelprojekte nicht länger von den Gremien der akademischen

115 Selbstverwaltung genehmigt werden müssen. Stattdessen ist ein Rechtsanspruch geschaffen worden, der den ProfessorInnen die Möglichkeit gab (und gibt) eingeworbene Drittmittelprojekte losgelöst von jeglicher Kontrolle eigenverantwortlich zu verwalten.

120 Neben der Tatsache, dass die HochschullehrerInnen durch diese Gesetzesänderung in einen direkten Konkurrenzkampf um Drittmittel entlassen wurden, spielt in diesem Zusammenhang auch die Verquickung von Forschung und Lehre eine wichtige Rolle. So entspricht es dem Humboldtschen Bildungsideal diese beiden universitären Säulen miteinander zu verbinden. Forschungsergebnisse können die

125 Lehre aktualisieren und somit eine Praxisbezug herstellen. Die Studierenden müssen daher die Möglichkeit haben, über das Für und Wider solcher Forschungsvorhaben, vor allem mit Blick auf die Finanziere, zu beschließen.

Die Rolle der DFG als größte Drittmittelgeberin gerät zunehmend ins Wanken. An
130 die Stelle dieser Institution, die ihre Gelder aus staatlichen Mitteln (Bund-Länder-Finanzierung) erhält, treten immer mehr private Unternehmen. So hat sich der Anteil der Drittmittel aus der gewerblichen Wirtschaft in den letzten 25 Jahren mehr als verdreifacht und erreicht 2006 einen Anteil von 26,5%. Der DFG-Anteil im gleichen lag bei Jahr 30,8%.⁶ Generell ist eine jährliche Steigerung der Gelder aus
135 der Privatwirtschaft um rund 3,67% zu verzeichnen.⁷

Hier erkennt man einen deutlich Paradigmenwechsel in der Forschungsfinanzierung. Forschung soll nicht länger durch vom Staat geleistete Grundmittel ausfinanziert werden; vielmehr spielen Drittmittel, und von diesen
140 Mitteln diejenigen aus der Privatwirtschaft, eine immer größere Rolle. Der Wettbewerb nimmt somit einen immer größeren Platz in der Akquirierung benötigter Finanzmittel ein.

Diese Entwicklung eröffnet jedoch nur für einen kleinen Teil der Hochschulen die
145 Möglichkeit über Drittmittel die Forschung nachhaltig zu stärken. Im Gegenteil werden die künstlichen Unterschiede, die in Verfahren wie z.B. der Exzellenzinitiative offen gelegt werden sollten, verfestigt. Betrachtet man die Drittmittelvergabe der DFG genauer so erkennt man: Die „TOP 20“ der Hochschulen,

⁶ Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft: Förder-Ranking 2006; S. 23

⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt; Berechnungen und politische Interpretationen: Wissenschaftsrat 2000 a.a.O.; Wissenschaftsrat 2003: *Stellungnahme zur Denkschrift der Deutschen Forschungsgemeinschaft: Perspektiven der Forschung und ihrer Förderung XI. Köln (Drs. 5653/03). S. 3*

also die 20 Hochschulen, die die höchste Fördersumme einwerben, erhalten bereits 15059 % der von der DFG zur Verfügung gestellten Mittel, „die 40 bewilligungsstärksten Hochschulen schließlich 86 %“.⁸ Die übrigen 316 Hochschulen erhalten somit einen Anteil aus den verbleibenden 14 % der DFG-Gelder.⁹ Da die Einwerbung dieser zusätzlichen Finanzquellen immer grundlegender für die jeweiligen Forschungsstandorte ist, ist eine steigende Herausbildung von Hierarchien unter 155den Hochschulen die unweigerliche Folge.

Weitere Auswirkungen, die Drittmittel entfalten können, zeigt sich derzeit in einer Vielzahl von Bundesländern. So vergeben die Landesregierungen die Grundmittel der Hochschulen über die sogenannte leistungsorientierte Mittelvergabe (LOM). 160Hierbei werden diverse Indikatoren, unter anderem eben die Höhe der eingeworbenen Drittmittel, als Maßstab für die Verteilung von Grundmitteln genutzt.

In die gleiche Kerbe schlägt das „Programm zur Finanzierung von 165Programmpauschalen“, die zweite Säule des Hochschulpakts 2020. Demnach sollen im Zeitraum von 2007 bis 2010 insgesamt bis zu 703,5 Mio. Euro von Bund – und Ländern für Forschungsprojekte zur Verfügung gestellt werden. Im ersten Jahr trägt der Bund die Kosten zu 100 %. Hierbei geht es nicht um die direkte Finanzierung von Forschungsprojekten, sondern um eine Sonderfinanzierung von Kosten, die von 170Forschungsprojekten verursacht, diesen aber nicht zugerechnet werden. 2007 bezogen sich solche Leistungen ausschließlich auf vom DFG geförderte Projekte. So erhielten Hochschulen 20 % dessen, was die DFG an Geldern für Sonderforschungsbereiche, Forschungszentren und Graduiertenkollegs bereitstellte zusätzlich vom Bund zusätzlich. Ab 2008 ist die Zahlung von Sonderleistungen um 175das Emmy-Noether-Programm und das Leibniz-Programm erweitert worden.¹⁰

Daher fordert der fzs:

- 180 ● Forschungsfinanzierung muss Aufgabe von Bund und Ländern bleiben! Staatliche Mittel müssen die Ausfinanzierung von Forschungsunternehmungen gewährleisten. Gelder des DFG dürfen nicht dem regulären Etat für staatlichen Forschungsfinanzierung entnommen werden.
- 185 ● Keine marktorientierte Forschungsfinanzierung! Die Mittelvergabe für Forschung darf nicht an marktwirtschaftliche Indikatoren gebunden sein. Vielmehr sind faire Anreizsysteme zu etablieren, die fachspezifische Besonderheiten berücksichtigt. Außerdem dürfen kurzfristige Nutzenerwägungen einzelner Interessengruppen bezüglich der 190 Forschungsergebnisse kein Kriterium darstellen.
- DFG-Mittel als Zusatzleistungen! Die Gelder der DFG dürfen keine notwendige Grundfinanzierung darstellen. Forschung muss auch ohne sie möglich sein.
- 195 ● Forschung muss frei sein!

⁸ Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft: Förder-Ranking 2006; S. 44

⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt (2005) Hochschulstandort Deutschland 2005

S. 10

¹⁰ Vgl. Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über den Hochschulpakt 2020 S. 7

200 Privatwirtschaftliche MittelgeberInnen dürfen die Forschungsfinanzierung nicht dominieren. Eine Vorherrschaft der privatwirtschaftlichen Mittelgeber birgt die Gefahr, dass Forschungsinhalte zu stark reglementiert und wirtschaftliche Verwertbarkeit bei der Förderung zu sehr im Vordergrund steht. Sie darf daher nicht mehr als eine Zusatzfinanzierung darstellen.

- 205 • Drittmittelprojekte zurück in die Kontrolle der akademischen Selbstverwaltung!
Um ein Mindestmaß von Mitbestimmung zu wahren, dürfen Beschlüsse über Drittmittelprojekte nicht der Kontrolle der akademischen Selbstverwaltung entzogen werden. Dies ist gerade im Hinblick auf die Verquickung von Hochschulforschung und Lehre absolut notwendig.
- 210 • Möglichkeiten zur Drittmittelinwerbung durch Studierende und Promovierende schaffen!
Auch StudentInnen und Promovierende muss die Möglichkeit gegeben werden (unter anderem bei der DFG) Drittmittel für eigene Forschungsvorhaben einzuwerben. Eine solche Möglichkeit fördert
215 eigenständiges Arbeiten und macht junge Forscherinnen und Forscher vom „guten Willen“ der ProfessorInnen unabhängig. Allerdings darf Drittmittelwerbung nicht zum Zwang werden.

220

Die Exzellenzinitiative Anfang vom Ende der wissenschaftlichen Breitenförderung

Ziel der Exzellenzinitiative war ursprünglich ein hochschulisches Förderprogramm durch die Einnahmen, die dem Bund durch die Versteigerung der UMTS-Lizenzen
225 entstanden waren, aufzulegen. Um dies zu realisieren, hat man ein Instrumentarium wettbewerblicher Verteilung geschaffen, das die Grundlage für eine Differenzierung des Hochschulsystems in Elitestandorte und Mittelklassehochschulen, legen soll. Ein solcher Weg birgt zahlreiche Gefahren, was die Verschärfung der sozialen Selektivität (z.B. durch Auswahlverfahren) für
230 Studierende betrifft, und gefährdet das deutsche Wissenschaftssystem insgesamt. "Begrifflich bedeutet Exzellenz den Abschied von der das deutsche Universitätssystem traditionell prägenden Vorstellung, dass alle Universitäten im Grundsatz gleich sind. Wenn man einige heraushebt, so ist das nur möglich um den Preis, dass die anderen herabgestuft werden. Die einen sind exzellent, die anderen
235 nicht. Nicht mehr hohe Qualität in der Breite ist das wesentliche Ziel der Hochschulpolitik, sondern „Weltklasse“ bei einzelnen Institutionen, den sog. „Leuchttürmen“ der Wissenschaft."¹¹ Auch vor der Exzellenzinitiative waren die Hochschulen faktisch nicht gleich, diese Ungleichheiten dürfen allerdings nicht verschärft werden.

240

"Das deutsche Universitätswesen steht vor einer dauerhaften Aufspaltung in zwei Typen von Universitäten, Forschungs- und Ausbildungsuniversitäten. An den Ersteren wird die Forschung konzentriert, Letztere werden kaum noch forschen, sondern (wie heute schon die Fachhochschulen) zügig auf einen Beruf hin
245 ausbilden."¹² Dies hängt damit zusammen, dass ohne die massive Erhöhung die Ausbildung von Elitestandorten nur durch Mittelumschichtungen zuungunsten

¹¹ Hartmann, Michael (2006): Die Exzellenzinitiative – ein Paradigmenwechsel in der deutschen Hochschulpolitik, in: Zeitschrift für Sozialwissenschaft „Leviathan“ 4/2006 S. 447ff

¹² eda.

nicht-exzellenter Hochschulen zu erreichen ist. Durch die Konzeption der wettbewerblichen Mittelverteilung zeigt ohnedies die Erfahrung, dass bereits außergewöhnlich mittelstarke Hochschulen die Indikatoren des Wettbewerbs besser erfüllen als jene Hochschulen mit geringeren Mittelzuweisungen. In der Auswahl der Exzellenzhochschulen hat sich dieser Trend bestätigt. Statt dass die Exzellenzinitiative einen Wettbewerb zwischen allen Hochschulen um wissenschaftliche Exzellenz initiiert, hilft sie lediglich die Kapitalakkumulation an einigen ohnehin starken Standorten in wenigen Fachbereichen zu verstärken. Es werde eine Differenzierung geben zwischen "reinen Forschungsuniversitäten, die sich auch in der Ausbildung an den Anforderungen moderner wissenschaftlicher Forschung ausrichten, und es wird solche geben, die dies nur ansatzweise und in einzelnen Fächern versuchen, zuletzt solche, die diesen Anspruch erst gar nicht anstreben, und solche, die ihre Stärke eher in der Praxisorientierung suchen."¹³ Dies ist offensive Politik der Exzellenz-Befürworter.

Absolut gesehen, reichen die Mittel für die Exzellenzinitiative nicht annähernd, um eine tatsächliche finanzielle Besserstellung der bundesdeutschen Wissenschaftslandschaft zu erreichen. Die Gesamtmittel (1,9 Milliarden Euro auf fünf Jahre) kommen nicht an den Etat auch nur einer US-Amerikanischen Eliteuniversität heran, auch wenn solche weder in der Konzeption noch der konkreten sozialen Realität Vorbild für die BRD sein können und sollen. Tatsächlich wird lediglich die Ausbildung von international sichtbaren "Leuchttürmen" dauerhaft durch Umschichtungen innerhalb der bestehenden Mittel zuungunsten anderer Hochschulen erreicht. Eine Finanzierung der Exzellenzförderung ist derzeit über das Jahr 2011 hinaus nicht geplant.

Die Spaltung in exzellente Forschungs- und durchschnittliche Lehrhochschulen wird Studierende massiv von der Beteiligung an Forschung ausschließen. Die Exzellenzinitiative ist geeignet, breite wissenschaftliche Diskurse zu vermeiden. Sie schafft vielmehr Elfenbeintürme, die Exklusivität über wissenschaftliche Effektivität stellen.

Studien zeigen, dass die Bedeutung des Standortes für die wissenschaftliche Bedeutung eines/einer ForscherIn mit zunehmender Relevanz moderner Kommunikationsmittel sinkt. Diesem Trend läuft die Exzellenzinitiative nach. Forschungsverbünde über Standorte hinaus, die heute Normalität sind, bleiben beim Exzellenzwettbewerb unberücksichtigt.

Von den 40 ausgezeichneten Graduiertenschulen gehören nur etwa sieben - zumindest teilweise - zu den Geistes- und Sozialwissenschaften. Bei den Exzellenzcluster ergibt sich ein noch deutlicheres Bild: Unter den ersten 20 Clustern war eines aus den Geistes- und Sozialwissenschaften, unter den zweiten 20 waren es vier. Dies spiegelt die bisherige Mittelverteilungspolitik von vor der Exzellenzinitiative wieder. Obwohl in Geistes- und Sozialwissenschaften doppelt so viele Studierende eingeschrieben sind, wie in Natur- und Technikwissenschaften und den Life-Sciences, bekommen sie nur die Hälfte des Geldes. Die Auswahlkriterien der Exzellenzinitiative bevorzugen naturwissenschaftliche Forschung, weil wegen der besseren wirtschaftlichen Verwertbarkeit mancher dieser Projekte bessere finanzielle Startbedingungen gegeben sind. Offensichtlich ist eine stärkeres finanzielles Engagement politisch nicht gewollt.

Ein Blick in die USA zeigt, dass ein Eliteuniversitätssystem die soziale Selektivität

¹³ Winnacker, Ernst-Ludwig (2006): Im Wettbewerb um neues Wissen: Exzellenz zählt, in: Forschung. Das Magazin der Deutschen Forschungsgemeinschaft 2/2006, V-XI

weiter verstärkt. Die Kinder der reichsten 2% der Bevölkerung der USA stellen genau so viele Studierende an höheren Universitäten, wie die unteren vier Fünftel.
300 Tatsächlich ist dies auch zwangsläufige und gewollte Folge der hochschulpolitischen Entwicklung in Deutschland. Der Wissenschaftsrat argumentiert hierbei folgendermaßen: „Beispielsweise könnte an einer Hochschule in einem bestimmten Studiengang stark forschungsorientierte Lehre nur einem kleinen Kreis an Studierenden zugänglich sein, während an einer anderen Hochschule der freie
305 Zugang zu einem ähnlichen Studienangebot als Wettbewerbsvorteil in Anspruch genommen wird.“ Auf diese Art und Weise könne ein „Zielkonflikt“ ausgeglichen werden, „der zwischen der Forderung nach Profilierung durch die Auswahl der besten Studienanfänger und der Forderung nach Erhöhung der Absolventenzahlen durch möglichst hohe Bildungsbeteiligung der jungen Generation auftreten
310 kann.“¹⁴ Eine weitere Diversifizierung des Hochschulsystems wird die Durchlässigkeit weiter verschlechtern und die soziale Zusammensetzung der Studierenden noch stärker zu Ungunsten von Kindern unterer Einkommensgruppen verschieben. Insbesondere besteht die Gefahr, dass im Zuge dessen, starke
315 Studiengebührenerhöhungen folgen und somit Studierende, die ihr Studium selbst finanzieren müssen benachteiligt werden.

Daher fordert der fzs:

- 320 ● Das Prinzip der Breitenförderung in Wissenschaft und Forschung muss erhalten bleiben! Eine Kapitalakkumulation an wenigen Hochschulstandorten ist nicht die Antwort auf die Wissensgesellschaft. Demgegenüber muss eine Forschungsförderung in der Breite betrieben werden, die auch Wissenschaftsverbände jenseits von Standorten durch einzelne WissenschaftlerInnen berücksichtigt.
- 325 ● Geistes- und Sozialwissenschaften dürfen nicht durchs Raster fallen! Hohen Studierendenzahlen in diesen Fächern stehen weiterhin zu geringe staatliche Mittel gegenüber. Wettbewerbliche Verteilungsmechanismen im Rahmen der Exzellenzinitiative, benachteiligen die Geistes- und
330 Sozialwissenschaften per se und haben lediglich direkte wirtschaftliche Verwertbarkeit im Auge.
- 335 ● Gleichberechtigte Forschungsfinanzierung an allen Hochschulen! Der Abfluss von Mitteln an so genannte Forschungs- und Exzellenzuniversitäten geht zwangsläufig auf Kosten der anderen Hochschulen und damit zu Lasten der akademischen Ausbildung breiter Bevölkerungsteile.
- 340 ● Studierende brauchen einen freien Zugang zu allen Hochschulen! Einzelne Spitzenuniversitäten, die Studierende ausschließen, die nach fragwürdigen Kriterien als "nicht exzellent" gelten, schaffen keine wissenschaftlichen, sondern soziale Eliten. Der Effekt einer intellektuellen Elitebildung wird verfehlt, stattdessen entzieht sich der Wissenschaftsbetrieb die Basis für den wissenschaftlichen Nachwuchs.
- 345

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT IN DER FORSCHUNG

Frauen sind in der Forschung sowohl als Forschungsobjekt als auch als

¹⁴ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Reform des Hochschulzugangs. Köln 30.01.2004 S. 47

350Forschungssubjekt immer noch wenig präsent. Als Forscherinnen in Wissenschaft
und Wirtschaft sind Frauen jeweils nur zu einem geringen Teil vertreten, 2003 waren
lediglich 19,2 Prozent, der in Forschung und Entwicklung beschäftigten Personen,
Frauen. Unterschiede in der Beteiligung von Frauen ergeben sich ebenfalls, wenn
man sich die Beteiligung von Frauen an Forschung und Entwicklung in der
355Wirtschaft (12 Prozent) und an Hochschulen sowie Institute ohne Erwerbszweck (25
Prozent) betrachtet.¹⁵

Die Gründe für diese Benachteiligung sind vielfältig. Noch vor wenigen Jahren
versuchte man die geringe Beteiligung von Frauen mit dem Argument „Frauen seien
360nicht qualifiziert genug“ abzutun. Angesichts der wachsenden Zahl von Frauen mit
qualifizierten Abschlüssen bis hin zu Habilitationen, hat diese Argumentation an
Überzeugungskraft verloren. An ihre Stelle ist nun ein „Frauen wollen nicht“
getreten. Auch dies entspricht nicht den Tatsachen, stattdessen verhindern
zahlreiche oft sehr subtile Mechanismen, dass Frauen in Forschungseinrichtungen
365einsteigen und in ihnen aufsteigen können.

Die Entwicklung des Wissenschaftsbereichs fand größtenteils unter Ausschluss von
Frauen statt. Die einseitige Orientierung am Mann führte zu einer männlich
geprägte Arbeitskultur, d.h. zu einer Arbeitskultur, die sich an männlichen
370Bedürfnissen und Lebensrealitäten orientiert. Lebensrealität war für Männer der
Ernährerstatus innerhalb der Familie und für Frauen die Zuständigkeit für Familie
und Haushalt. In Zeiten da dieses Modell der Einverdienerhe weder funktioniert
noch von einem Großteil der Bevölkerung gut geheißen wird, wirkt es immer noch
als Ideal in den Köpfen vieler Menschen und in unserem Sozialversicherungssystem
375weiter.

Erste Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieses Modell scheinen hier und da auf. Für
Menschen, die in einer Partnerschaft leben wollen, in der sich beide PartnerInnen
gleichberechtigt an Haus- und Erziehungsarbeit beteiligen und eine berufliche
380Karriere verfolgen, werden aktuell besonders stark belastet. Hier gilt es umzudenken
und Möglichkeiten zu schaffen, die verschiedene Lebensentwürfe zu
berücksichtigen. Eine Möglichkeit besteht darin, alternative Arbeitsmodelle stärker
anzubieten und attraktiver zu machen, denn diese Möglichkeit wird nur genutzt
werden, wenn mit diesem Modell auch Aufstiegsmöglichkeiten verbunden sind.
385Daher ist es notwendig eine Arbeitskultur zu schaffen, in der Teilzeit- und
Vollzeiterwerbsarbeit im Bezug auf Aufstiegschancen gleichberechtigt
nebeneinander stehen.

Auch die Inhalte von Wissenschaft sind männlich dominiert. Aufgrund der geringen
390Beteiligung von Frauen in der Wissenschaft gingen größtenteils männliche¹⁶ Ideen
in die Theoriebildung ein, d.h. Männer beschäftigten sich mit Themen, die für
Männer relevant waren oder sie forschten über Männer und präsentierten dies als
Forschung über den Menschen. Während der Entwicklung von Wissenschaft und
Forschung wurden mindestens 50 Prozent der Menschen ausgeschlossen. Das dies
395seinen Einfluss auf den Forschungsgegenstand, die Forschungsmethoden und damit
auch auf die Forschungsergebnisse hat, zeigt die Periodisierung in der Geschichte.
Die Zeit der Französischen Revolution wird im Allgemeinen als ein wichtiger Schritt

¹⁵ Revermann, Christa: Wenige Forscherinnen in Europa – Ergebnisse aus
verschiedenen Statistiken. In: Revermann, Christa (Herausgeberin): Forschende
Frauen. Statistiken und Analysen. Stifterverband für die Deutsche Wirtschaft, Essen,
2006, S. 15-22

¹⁶ „männlich“ im Sinne von „an männlichen Bedürfnissen und Lebensrealitäten
orientiert“

zur Gleichheit betrachtet. Dies stimmt allerdings nur, wenn man sich auf den männlichen Teil der Bevölkerung beschränkt. Den Männern wurde mit dem Code Napoleon Freiheit, Gleichheit und Schutz des Eigentums per Gesetz garantiert. Die Frauen hingegen erhielten diese Rechte nicht. Für sie führte der Code Napoleon zu stärkeren Einschränkungen. So wurde mit ihm der Ehemann zum Vormund der Frau bestellt und ihr Verdienst sowie ihre Ersparnisse zum Eigentum ihres Mannes erklärt.

405 An diesem Beispiel wird deutlich, dass Geschichte und Wissenschaft stark von der Perspektive abhängt, aus der man sie erforscht. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Sozialisations-erfahrungen ist es notwendig sowohl Frauen als auch Männer an Wissenschaft zu beteiligen, um sich der Wahrheit anzunähern.

410 Stereotype Vorstellung über das, was Männer und Frauen leisten können, welche Lebensplanungen und Prioritätensetzungen sie haben, stellen das größte Problem bei der Gleichstellung der Geschlechter dar. Diese stereotypen Zuschreibungen werden über Sozialisationsprozesse vermittelt und dadurch von den Menschen verinnerlicht. Sie bestimmen oftmals unterbewusst sehr stark das Verhalten von Menschen. So belegen Studien dass Männer als auch Frauen, Männern generell mehr zutrauen als Frauen, was insbesondere bei der Bewertung von *EIGNUNG* für bestimmte Positionen von hoher Bedeutung ist.

Über die gesamte wissenschaftliche Karriere hat die Förderung durch ProfessorInnen einen hohen Stellenwert. Auch hier spielen Stereotypen eine Rolle, wenn es darum geht zu entscheiden, welcher Student/welche Studentin gefördert bzw. im späteren Karriereverlauf für welchen Bewerber/welche Bewerberin man sich bei der Stellenbesetzung entscheidet. Eine wichtige Rolle spielt hier die Tatsache, dass Frauen grundsätzlich in der Lage sind, Kinder zu gebären. Es wird argumentiert, dass bei Frauen so potentiell die Gefahr besteht, dass sie für längere Zeit ausfallen könnten. In dieser Argumentation wird weder berücksichtigt, dass nicht alle Frauen Kinder bekommen möchten, ebenso wie dies nicht alle Männer möchten. Weiterhin wird auch nicht mitgedacht, und dies mag an der fehlenden Erfahrung aus der Praxis liegen, dass sehr wohl auch die Väter einen Großteil der Erziehungsarbeit auch in Form von Elternzeit in Anspruch nehmen könnten. Diese sehr eindeutige Rollenverteilung führt zu dem, dass Männer bei der Personalwahl oftmals bevorzugt werden. Aber auch für Männer hat dies negative Auswirkungen, da zunehmend mehr Männer gewillt sind, sich stärker in die Familienarbeit einzubringen, stoßen sie häufig auf Unverständnis und Ablehnung, wenn sie dann auch tatsächlich in Elternzeit gehen.

Die Beteiligung von Frauen in der Forschung, insbesondere in derzeit noch männerdominierten Forschungsfeldern bringen das Geschlechterverhältnis, welches in „typisch männlich“ und „typisch weiblich“ aufgeteilt ist, ins Wanken. Pionierinnen in diesen Forschungsfeldern können Mädchen und Frauen ermutigen, sich für die Aufnahme eines Studiums und einer wissenschaftlichen Karriere in eher männerdominierten Bereichen der Forschung zu entscheiden. Frauen, die sich in der Forschung behaupten können, bringen so nicht nur eine weitere Perspektive in die Forschung, sie dienen gleichzeitig auch anderen Frauen als Vorbild sich auch in diesen Bereich zu wagen.

Daher fordert der fzs:

- Mehr Frauen in Personalauswahlkommissionen!
450 Zum Abbau von Diskriminierungen aufgrund des Geschlechter müssen stereotype Verhaltens- und Kompetenzzuschreibungen aufgebrochen

werden. Dazu sollen MitarbeiterInnen im Forschungsbetrieb, insbesondere Mitglieder von Personalauswahl-kommissionen an Weiterbildungsveranstaltungen teilnehmen, in denen eigene Geschlechterstereotype hinterfragt werden können und für Genderaspekte vor allem in Auswahl- und Rekrutierungsverfahren sensibilisieren.

- 455
- 460 ● Mehr Frauen für stark männerdominierte Forschungsfelder gewinnen! Im Sinne einer Bereicherung der Perspektiven von wissenschaftlichen Erkenntnisinteressen ist es notwendig, Maßnahmen zur Förderung von Frauen z.B. durch Mentoring-Programme zu ergreifen. Bei Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen in der Forschung ist es wichtig, dass diese nicht einseitig auf die männliche Normalbiographie und die vorherrschenden dominanten Kommunikationsweisen hin trainiert werden. Stattdessen muss 465 eine Arbeitskultur etabliert werden, die Männern und Frauen zu fairem, konstruktivem und zielgerichtetem Handeln befähigt.
- 470 ● Eine neue Arbeitskultur in Wissenschaft und Forschung schaffen! Ein Umdenken hin zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ist auch in der Forschung nötig. Vollzeit- und Teilzeitarbeit müssen in Bezug auf Karrierechancen gleichberechtigt, unabhängig von Lebenskonzepten, nebeneinander bestehen.
- 475 ● Geschlechtergerechtigkeit muss als Grundsatz gelten! Dies bedeutet zum einen, dass eine Beteiligung zu gleichen Teilen von Frauen und Männern in allen Bereichen von Wissenschaft und Forschung angestrebt wird. Zur Unterstützung einer gleichberechtigten Teilhabe soll bis zur Erreichung diesen Ziels Quoten¹⁷ die ungleichen Ausgangschancen (stereotype Verhaltens- und Kompetenzzuschreibungen) ausgleichen 480
- 485 ● Überprüfung aller Forschungsprojekte auf ihre Genderrelevanz! Alle Forschungsprojekte müssen auf ihre Genderrelevanz hin überprüft werden. Dazu soll in allen Anträge zu Forschungsprojekte verpflichtend eine Analyse der Genderaspekte angefertigt werden bzw. eine Begründung, warum Genderaspekte in diesem speziellen Projekt keine Relevanz haben.

Einheit von Forschung und Lehre

Die Vorstellung der Einheit von Forschung und Lehre wie Wilhelm von Humboldt sie 490 im 19. Jh. forderte, prägt die deutschen Hochschulen auch heute. Grundgedanke ist die Weitergabe von Wissen aus der Forschung und das direkte Einbeziehen des Forschungsprozesses und seiner Ergebnisse in die Lehre. Eine Lehre ohne Forschungsbezug verliert leicht den Bezug zur Praxis und hinkt dem Stand der Forschung und der wissenschaftlichen Diskussion hinterher. Eine solche Forschung 495 läuft Gefahr, verschult und unkritisch verfestigte Lehrmeinungen wiederzugeben. Im Gegensatz dazu unterstützt eine forschungsbezogene Lehre einen pluralistischen Zugang zu Wissenschaft und fördert die eigenständige Auseinandersetzung der Studierenden mit ihrem Fach. Dies stellt auch eine Bereicherung und Reflexion des Forschungsprozesses durch die Studierenden dar.

500

Die deutschen Hochschulen setzen diesen Grundgedanken in unterschiedlichem Maße um. Eine Trennung dieser Typen erscheint aufgrund der gegenseitigen

¹⁷ Quoten: eine Frau wird einem Mann nur bei mindestens gleicher Qualifikation vorgezogen

Bereicherung von Forschung und Lehre jedoch nach wie vor nicht sinnvoll. Ein stärkeres Ausklammern der Forschung an Fachhochschulen hat negative Auswirkungen auf die Qualität der Lehre. Es führt außerdem zu einer Diskriminierung sowohl Studierender als auch Lehrender an Fachhochschulen, wie sie in der schlechteren Ausstattung, der geringeren Entlohnung und einer Schlechterstellung auf dem Arbeitsmarkt gegenüber Absolvent/INNEN bzw. Lehrenden von Universitäten sichtbar wird. Die vielfach kritisierte hohe Selektivität des deutschen Bildungssystems setzt sich dadurch auch auf Hochschulebene fort.

Bereits durch die Umstellung auf das Bachelor- / Master-System an deutschen Hochschulen ist die Einheit von Forschung und Lehre in den Hintergrund gerückt. Bachelorstudiengänge erheben oftmals gar nicht erst den Anspruch, Forschung zu integrieren, geschweige denn, eine grundsätzliche Verknüpfung mit der Lehre zu gewährleisten. Der eingeschränkte Zugang zu Master-Studiengängen mit teilweise stärkerer Forschungsorientierung verhindert eine Teilhabe Studierender an der Forschung.

Zusätzlich verstärken einige Bundesländer diese Schieflage, indem Lehrprofessuren an Universitäten eingeführt werden (z. B. Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg).¹⁸ Ferner gibt es Pläne, Forschungsprofessuren an Fachhochschulen einzuführen. Dies bestätigt, dass die Aufteilung der deutschen Hochschulen in Fachhochschulen und Universitäten sich nicht bewährt hat. Eine Annäherung zwischen beiden Hochschulformen im Sinne einer Gleichstellung, insbesondere auch in Bezug auf die Zulassungsbedingungen, wie sie der fzs seit 1993 fordert, wäre zwar zu begrüßen. Jedoch scheint es sich hierbei vielmehr um eine Institutionalisierung der Trennung von Forschung und Lehre und eine stärkere Polarisierung zu handeln. Eine Verbesserung von Lehre bzw. Forschung ist dabei nicht zu erwarten.

530

Bei reinen Lehr- oder Forschungsprofessuren besteht die Gefahr, dass Forschung und Lehre immer mehr voneinander entkoppelt werden und der wechselseitige Austausch nicht mehr stattfinden kann. Lehrprofessuren sind problematisch in Hinblick auf das unattraktivere Angebot für Studierende und die sinkende Qualität einer Lehre, die keinen unmittelbaren Bezug zur Forschung hat. Der Deutsche Hochschulverband kommt daher zu dem Schluss: „Nur eine Lehre, die sich ständig aus der Forschung erneuert, ist universitäre Lehre. In personeller Hinsicht bedeutet dies, dass im Grundsatz jeder in der Universität Lehrende zugleich auch Forscher sein muss.“¹⁹ Lehre, die die Lehrenden mit der eigenen Forschung verknüpfen ist aktueller und praxisrelevanter. Lehrprofessuren sind außerdem abzulehnen in Hinblick auf die Qualifizierungsmöglichkeiten der Lehrenden in Anbetracht des hohen Stellenwerts von Forschung als Kriterium für eine erfolgreiche wissenschaftliche Karriere. Professuren erster und zweiter Klasse würden geschaffen.²⁰ Es käme zu einer Schlechterstellung derjenigen Professuren, denen die Möglichkeit genommen wird, zu lehren *und* zu forschen. Das Humboldtsche Bildungsideal würde zum Luxus, nicht zum Normalfall.²¹ Die Lehrprofessuren, denen die Forschung an der Hochschule nicht oder nur in sehr geringem Umfang möglich

¹⁸ Wissenschaftsrat: Pressemitteilung *Bessere Lehre durch Professionalisierung der Hochschullehrertätigkeit. Wissenschaftsrat empfiehlt Einführung von Professuren mit Schwerpunkt Lehre*, 29.01.2007

¹⁹ Resolution des 57. Hochschulverbandstages in Bremen: *Exzellenz in der Lehre*. 20.03.2007

²⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung: *Universitätsreform. Die Lehrsklaven kommen*. 27.11.2007

²¹ Vorländer, Hans: „Radikale Reform ohne Staat Humboldt und die Universitätsreform heute. Eine Erinnerung in polemischer Absicht.“ In: *Forschung und Lehre* 8/2003

ist, werden abgewertet. Schon jetzt ist das Lehrdeputat von Fachhochschul-
professorInnen bereits höher als das der UniversitätsprofessorInnen. Die Lehre wird
550so leicht als Last empfunden. Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, Präsident der
Kultusministerkonferenz mahnte dies 2007²² an: „Wo stets von Lehrverpflichtung,
aber von Forschungsfreiheit gesprochen wird, ist ein Bewusstseinswandel gerade
auch zugunsten der Lehre notwendig.“ Mit Lehrprofessuren würde die ungünstige
Relation von Lehre und Forschung nun auch an Universitäten eingeführt. Dies wird
555sich auch in einer geringeren Entlohnung niederschlagen. Es steht auch zu
befürchten, dass aufgrund der starken Unterrepräsentation von Frauen auf
ProfessorInnen-Ebene und der Gehaltsunterschiede zwischen den Geschlechtern die
neuen Lehrprofessuren sich als klassische Frauenprofessur herauskristallisieren
werden, im Gegensatz zu „normalen“, besser bezahlten und ausgestatteten
560Professuren.

Auch Forschungsprofessuren an Fachhochschulen, die abgekoppelt vom normalen
Lehrbetrieb eingerichtet werden sollen, sind abzulehnen. Eine Integration in den
universitären Alltag bei einem Schwerpunkt auf der Forschung ist schwer
565umsetzbar. Fachhochschulen sind keine Forschungsinstitute, an denen
Forscher/INNEN losgelöst forschen, sondern es handelt sich um
Bildungseinrichtungen, daher muss ein Bezug zu den Studierenden hergestellt
werden.

570Anstatt eine Trennung von Forschung und Lehre in diesen neuen Personalkategorien
zu institutionalisieren, sollten Probleme, die damit vermeintlich gelöst werden
können, sinnvoll angegangen werden.

Daher fordert der fzs:

575

- Keine Untertunnelung des „Studierendenberges“ durch Lehrprofessuren!
Der steigende Bedarf an Studienplätzen und damit auch an Lehre und
Forschung kann nicht durch Lehrprofessuren gedeckt werden. Wenn es
zeitweise – für Jahre oder Jahrzehnte – einen Mehrbedarf gibt, müssen
580 Stellenpläne und die finanzielle Grundausstattung der Hochschulen
entsprechend angepasst werden. Es handelt sich um einen quantitativen
Bedarf, bei dem vorübergehend flexibel reagiert werden muss, es besteht
jedoch keine Notwendigkeit, langfristige Stellen mit einem eingeschränkten
Profil zu schaffen.

585

- Qualitative Verbesserung von Forschung und Lehre!
Lehrprofessuren können nicht als Maßnahme zur Qualitätsverbesserung der
Lehre an Universitäten verstanden werden, da solch einseitig ausgerichtete
Professuren nicht geeignet sind, hochwertige und aktuelle Lehre anzubieten.
590 Qualitative Defizite müssen reflektiert werden. Der Lehranteil von
Professuren nach bisherigem Konzept muss verbessert werden. Eine
kontinuierliche und systematische Evaluation mit maßgeblicher Beteiligung
der Studierenden bei allen Schritten muss umgesetzt bzw. ausgebaut
werden.

595

- Hochschuldidaktische Weiterbildung flächendeckend einführen!
Die hochschuldidaktische Aus- und Weiterbildung der Dozierenden muss
gestärkt werden und sollte verpflichtend werden. Die Qualifikation
Dozierender darf sich nicht allein an Forschungserfolgen und

²² <http://www.berlinews.de/artikel.php?10042>

600 Publikationslisten messen. ProfessorInnen müssen vielmehr in der Lage sein, ihr Fach umfassend und didaktisch sinnvoll in der Lehre zu vermitteln. Die Qualität der Lehre muss gleichermaßen als Kriterium bei Berufungen und Verstetigungen von Stellen herangezogen werden, hierbei sind z. B. Studierendenbefragungen oder Probevorträge möglich und sinnvoll.

605 ● Gleichberechtigung von Fachhochschulen und Universitäten!
Mehr finanzielle und personelle Förderung der Forschung an allen Hochschulen ist notwendig, um die bestehenden Benachteiligungen der Studierenden wie auch der Lehrenden bspw. an den Fachhochschulen aufzuheben. Vor diesem Hintergrund ist eine Trennung von Fachhochschulen und Universitäten weiterhin abzulehnen.

610 ● Beibehaltung der Einheit von Forschung und Lehre!
Eine Ausgliederung der Forschung aus dem Lehrbetrieb ist abzulehnen - sei es an Fachhochschulen oder im Bachelor im Allgemeinen, aber auch durch die generelle Unterfinanzierung der Forschung oder die Einführung einseitiger Lehr- und Forschungsprofessuren.

620 **Studentische Forschung**

Spricht man von Forschung an den deutschen Hochschulen, so wird damit unweigerlich das Bild eines forschenden Professors (selten einer Professorin) assoziiert, dem ggf. eine gewisse Anzahl an wissenschaftlichen MitarbeiterInnen 625zuarbeiten. Die Ausübung forschender Tätigkeiten wird somit nur der Klasse der ProfessorInnen wirklich zugetraut. Jedoch sind selbst nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes (Urteil Bverfg. 1973) nicht nur ProfessorInnen, sondern ebenso wissenschaftliche MitarbeiterInnen und Studierende „Subjekte“ und nicht bloße „Objekte der Forschung“.

630 Die Einbindung von Studierenden in die Forschung ist hierzulande bestenfalls als Scheinbeteiligung zu benennen. Allenfalls ein paar studentische Hilfskräfte werden in Forschungsprojekte eingebunden für Tätigkeiten, die weniger forschenden als administrativen Charakter haben. Dabei gäbe es gute Gründe für eine stärkere 635Beteiligung der Studierenden an der Forschung – sowohl für Verbreiterung der Forschungslandschaft und -ergebnisse als auch für die persönliche Entwicklung der Studierenden.

Es ist unbestritten, dass Forschung von einer breiten Beteiligung und 640unterschiedlichen Ansätzen profitiert. Somit ist stets eine Einbindung möglichst vieler Spektren in einen solchen Prozess zu befürworten. Dazu gehört aber nicht nur eine Scheinbeteiligung studentischer Hilfskräfte in Forschungsprozesse, bei denen ProfessorInnen die Ausrichtung entscheiden und die Studierenden ausführende Organe einfachster Tätigkeiten sind, sondern vielmehr das Ermöglichen eigener 645studentischer Forschungsprojekte.

Für die Studierenden bietet die Möglichkeit, eigene Forschungsprojekte im Rahmen ihres Studiums durchzuführen, enorme Vorteile: Sie bekommen dadurch die Chance, ihre Kenntnisse anzuwenden und durch die Forschung auch die Möglichkeit die 650Umsetzbarkeit des Erlernten zu reflektieren. Aber auch die organisatorischen Fähigkeiten, ein eigenes Forschungsprojekt durchzuführen, sind nicht zu unterschätzen. Schließlich würden die innerhalb der Forschung gewonnen Erkenntnisse im Regelfall zu höherer Motivation der Studierenden und zu neuen

Anreizen, sich mit gewissen Aspekten der Materie intensiver zu beschäftigen.

655

Studierende bereits früh in Forschung einzubinden macht auch vor dem Hintergrund Sinn, dass diese Studierende später für eine wissenschaftliche Laufbahn vorbereitet sind und nicht nach ihrem Abschluss erstmalig mit der Forschung in Berührung kommen.

660

Wenn man nun diese Auffassungen teilt, dass Studierende bereits in die Forschung eingebunden werden sollen, bleibt noch die Frage der Umsetzung offen. Hierfür sind einige grundlegende Voraussetzungen notwendig um erfolgreiche studentische Forschung zu gewährleisten:

665

Daher fordert der fzs:

- 670 • Studentische Forschung muss unabhängig sein!
Es darf kein von ProfessorInnen besetztes Gremium die Studierenden bevormunden, zu welchen Themen geforscht werden darf und zu welchen nicht. Stattdessen ist ein rein mit Studierenden besetzter Auswahlausschuss dazu einzurichten, der die Verteilung der Mittel auf die Forschungsprojekte übernimmt.
- 675 • Für studentische Forschung müssen zusätzliche öffentliche Geldmittel zur Verfügung gestellt werden!
Um den Studierenden zu ermöglichen, selbständig forschen zu können, ist es notwendig, diese Forschungsprojekte durch die öffentliche Hand auszufinanzieren. Dazu könnte ein Sonderprogramm des Bundes mit Unterstützung der Länder ein guter Auftakt sein um die studentische Forschung an vielen Hochschulen zu ermöglichen.
- 680 • Studentische Forschung muss als Leistung anerkannt werden!
Studentische Forschungsprojekte, die über ein oder zwei Semester andauern, müssen als Studienleistungen anerkannt werden. Nur so kann eine ausreichende Beteiligung der Studierenden an den Forschungsprojekten sowie eine Akzeptanz studentischer Forschung innerhalb der Hochschule sichergestellt werden.
- 685 • Studentische Forschung auch innerhalb der neuen Studiengänge!
Auch im Rahmen von Bachelor- und Masterstudiengängen muss es möglich sein, dass sich Studierende über mehrere Semester mit einem Forschungsvorhaben auseinandersetzen. Hier ist es vor allem notwendig, dass die Anwesenheitspflichten und Prüfungslast in allen Studiengängen zurückgefahren wird, so dass es zeitlich möglich ist, dass sich die Studierenden den Forschungsprojekten widmen.
- 690 • Studentische Forschung auch innerhalb der neuen Studiengänge!
Auch im Rahmen von Bachelor- und Masterstudiengängen muss es möglich sein, dass sich Studierende über mehrere Semester mit einem Forschungsvorhaben auseinandersetzen. Hier ist es vor allem notwendig, dass die Anwesenheitspflichten und Prüfungslast in allen Studiengängen zurückgefahren wird, so dass es zeitlich möglich ist, dass sich die Studierenden den Forschungsprojekten widmen.
- 695 • Studentische Forschung auch innerhalb der neuen Studiengänge!
Auch im Rahmen von Bachelor- und Masterstudiengängen muss es möglich sein, dass sich Studierende über mehrere Semester mit einem Forschungsvorhaben auseinandersetzen. Hier ist es vor allem notwendig, dass die Anwesenheitspflichten und Prüfungslast in allen Studiengängen zurückgefahren wird, so dass es zeitlich möglich ist, dass sich die Studierenden den Forschungsprojekten widmen.

Promovieren in der Bundesrepublik

700

Bis dato existieren keine aussagekräftigen statistischen Erhebungen darüber wie viele Menschen promovieren, welche kulturellen und sozialen Hintergründe sie haben oder wie hoch die AbbrecherInnenquote ist. Genaue Zahlen über den Anteil von Frauen und Männern gibt es ebenfalls nicht. Ohne eine solche Zahlenbasis ist es schwer bedarfsgerechte (und angemessene) Lösungskonzepte für die Probleme der Promovierenden zu entwickeln.

705

Um zu einer Promotion zugelassen zu werden bzw. um sich auf eine

Promotionsstelle, ein Stipendium oder einen Platz in einem Graduiertenkolleg zu
710 bewerben bedarf es oftmals eines Exposés, dessen Ausarbeitung in etwa ein halbes
Jahr in Anspruch nimmt. Mit dem Abschluss des Studiums verlieren Studierende
allerdings ihren Anspruch auf staatliche Studienfinanzierung, v.a. durch BAföG.
Selbiges gilt für Stipendien und ähnliche Fördermaßnahmen durch Dritte. Sofern die
angehenden PromovendInnen nicht eine Anstellung an einer Hochschule haben,
715 sind sie finanziell auf sich allein gestellt.

Der größte Teil der Promovierenden hat eine Anstellung als wissenschaftliche
MitarbeiterInnen an einer Hochschule. So es sich hierbei um Vollstellen handelt und
der Promotion entsprechender Raum eingeräumt wird, erhalten sie eine
720 bedarfsdeckende Promotionsfinanzierung. In jüngerer Vergangenheit ist dies leider
immer seltener der Fall. Stattdessen werden halbe Stellen, gar Viertelstellen
ausgeschrieben und (folglich auch) vergeben. Die betroffenen sind auf
Unterstützung ihrer Angehörigen angewiesen oder müssen zusätzlich arbeiten,
wobei sie wertvolle Promotionszeit verlieren. Dies diskriminiert ökonomisch
725 schlechter gestellte Menschen.

Im Gegenzug leisten die PromovendInnen unverzichtbare Arbeit im
wissenschaftlichen Betrieb. Sie sammeln wichtige Erfahrungen in Lehre und
Forschung. Gleichzeitig werden Promovierende oftmals derart durch ihre Tätigkeit
730 an den Instituten beansprucht werden, dass sie ihren Promotionen kaum noch
nachkommen können. Außerdem knüpfen sie karrierefördernde Netzwerke, ohne
die ein Bestehen in der Wissenschaft kaum möglich ist. Dabei profitieren sie
einerseits vom engen Kontakt zu den Doktormüttern/Doktorvätern, andererseits
sind sie stark von deren Wohlwollen abhängig.

735

Momentan ist ein Rückgang von wissenschaftlichen MitarbeiterInnenstellen in den
Geistes- und Sozialwissenschaften zu beobachten. Gründe hierfür sind zum einen
die Profilbildungen vieler Hochschulen in den Bereichen Ingenieurwissenschaften,
Naturwissenschaften, Life-Sciences, die zum anderen einhergehen mit der
740 zunehmenden Bewertung wissenschaftlicher Erkenntnis nach deren Verwertbarkeit
(durch [hochschul-]politische Akteure).

Ein wesentlich geringer Anteil der Promovierenden wird von einem der staatlich
geförderten „Begabtenförderwerke“ durch ein Stipendium gefördert. Der Vorteil der
745 Stipendien liegt auf der Hand. Die Geförderten sind generell neben ihrer Promotion
zu keiner Arbeit verpflichtet. Allerdings ist die Anzahl der Stipendienplätze sehr
gering. Maßstab für die Förderung sind zum einen Leistungskriterien, zum anderen
schreiben die Förderwerke ihre Stipendien nach bestimmten wissenschaftlichen
Profilen aus. Insofern ist „Begabtenförderung“ in einem gewissen Maße auch
750 Elitenbildung.

Ein großes Problem der StipendiantInnen besteht indes darin, dass sie eben nicht an
den Instituten tätig sind. Sie gelten in der Regel als Hochschulexterne, werden
entsprechend weniger von ihren Doktormüttern/Doktorvätern betreut bzw.
755 gefördert. Hinzu kommt, dass StipendiantInnen keine Beiträge an die Gesetzliche
Rentenversicherung abführen können, womit sie im Alter erheblich schlechter
gestellt sind. An dieser Stelle besteht ein geschlechterspezifisches Problem, da
Frauen überdurchschnittlich oft mit einem Stipendium promovieren. Daher sind
Fördermaßnahmen nötig, damit perspektivisch mehr Frauen
760 MitarbeiterInnenstellen einnehmen.

Vor diesem Hintergrund sollten der Bund und die Länder ihre bisherige

Finanzierungspraxis der Förderwerke überdenken.

765 Den wesentlichen Unterschied zu den bisherigen Promotionswegen stellen die „Studienprogramme“ der Graduiertenkollegs dar. Die PromovendInnen absolvieren Pflichtveranstaltungen, die zum Teil neuartige Lehrangebote darstellen, insbesondere in Hochschuldidaktik. Dadurch wird die Promotion in das verschulte System von Bachelor und Master eingefasst. Auf der anderen Seite ist die
770 Betreuungssituation in den Programmen - oftmals auf Kosten der Lehre im grundständigen Bereich - sehr gut. In aller Regel erhalten sie eine Promotionsfinanzierung.

Die Entstehung von elitären Graduiertenkollegs anstelle der Schaffung möglichst
775 vieler ausfinanzierter Promotionsstellen ist eine grundsätzlich falsche Entwicklung. Der fzs begrüßt die neuen Lehrangebote und Förderprogramme für Promovierende. Diese können allerdings nur dann der Allgemeinheit zu gute kommen, wenn sie Zugang dazu hat!

780 Die größten Schwierigkeiten haben Menschen, die ohne Stipendium und ohne Anstellung an einer Hochschule unabhängig promovieren. Sie sind bei der Finanzierung ihrer Promotion auf sich selbst gestellt, d.h. sie gehen in aller Regel fachfremder Erwerbsarbeit nach und werden dabei als Hochschulexterne betrachtet und entsprechend weniger gefördert. Perspektivisch gibt es für dieses Problem nur
785 eine wirkliche Lösung: Es müssen genug Promotionsstellen an Hochschulen geschaffen werden für alle Menschen, die eine Promotion anstreben!

Der rechtliche Status der Promovierenden ist ungeklärt. Je nach Art der Promotion werden sie mal wie Studierende, mal wie Berufstätige behandelt. Dies hat
790 unmittelbare Auswirkungen unter anderem auf die Modalitäten für Renten- und Krankenversicherung. Es wird nicht möglich sein, einen Status für alle Promovierenden zu schaffen, der den zum Teil konträren Bedürfnissen der verschiedenen Promotionsarten gerecht wird. Stattdessen sollte es den PromovendInnen freigestellt sein, ihren Status selbst zu wählen. Eine solche Lösung
795 sollte auch den unabhängig Promovierenden gerecht werden und berücksichtigen, dass auch aus einer Berufstätigkeit heraus Promotionen entstehen und entstehen sollen.

An einigen Hochschulstandorten wird erwogen Promotionsstipendien aus
800 Studiengebühren zu finanzieren. Damit ist ein neues Maß an schamloser Zweckentfremdung von Studiengebühren erreicht. Promotionsstipendien haben nicht im Entferntesten etwas mit Lehre zu tun. Derartige Entwicklungen bedeuten einen weiteren Rückzug des Staates und sind daher ein Argument für die Abschaffung von Studiengebühren. Der fzs lehnt Promotionsstipendien aus
805 Studiengebühren entschieden ab!

Daher fordert der fzs:

810

- Der fzs fordert die Schaffung von ausreichend Promotionsstellen an den Hochschulen für alle Promotionswilligen, in allen Fachbereichen!

815

- Der fzs fordert das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie die verantwortlichen Ministerien der Länder dazu auf regelmäßige, statistische Erhebungen über die Situation der Promovierenden durchzuführen.

Insbesondere soll erhoben werden:

- Die Anzahl von Menschen, die in der BRD promovieren,
 - der Anteil von Frauen in der Promotion,
 - 820 - die sozialen Hintergründe der PromovendInnenen,
 - die Quoten derjenigen, die eine Promotion abbrechen
- Der fzs fordert eine bundeseinheitliche staatliche Förderung von Promotions -
Exposés.
 - 825 ● Der fzs fordert ein bundesweites gesetzliches Verbot der Ausschreibung von
Promotionsstellen, die keine bedarfsdeckende Promotionsfinanzierung
gewährleisten.
 - 830 ● Die tariflichen Arbeitszeitregelungen müssen eingehalten werden!
 - Der fzs fordert deshalb das Recht der Promovierenden, ihren rechtlichen
Status als wissenschaftlich Beschäftigte oder als Studierende frei zu wählen.
Kein Promovierender soll mehr als regulär erwerbstätig geführt werden!
 - 835 ● Der fzs fordert, dass Promotionsstipendien nicht aus Studiengebühren
finanziert werden.

840

Forschungspolitik -Ein Fazit-

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anette Schavan, schreibt im
Vorwort des Bundesberichts Forschung und Innovation 2008: „Deutschlands
845wichtigste Ressourcen sind der Ideenreichtum und die Talente seiner Menschen.“
Eine durchaus richtige Analyse. Die Maßnahmen, die dieser Erkenntnis entspringen,
gehen jedoch vielfach in die falsche Richtung.

So sind beispielsweise die Kriterien, die an Forschungsförderung angelegt werden,
850größtenteils solche, die eine zeitnahe und ökonomische Verwertbarkeit als
wahrscheinlich erwarten lassen. Das soll natürlich nicht heißen, dass aus Forschung
keine verwertbaren Ergebnisse erwachsen sollen. Ganz im Gegenteil sollte
Forschung immer den allgemeinen Wohlstand und die Weiterentwicklung der
gesamten Gesellschaft zum Ziel haben. Doch eine reine Orientierung am
855herrschenden Zeitgeist, der oftmals schnellen Nutzen als Maßstab anwendet, kann
kein sinnvolles Kriterium darstellen.

Doch genau in diese Richtung entwickelt sich die Forschungspolitik des Bundes und
vieler Landesregierungen zur Zeit. So suggerieren verfehlte Finanzierungsmodelle
860wie die Exzellenzinitiative oder auch die Hightech-Strategie oder übergeordnete
Vergabemechanismen nach Leistungs- und -Outputkriterien, einen vermeintlichen
gesellschaftlichen Mehrnutzen an Forschung, wenn die Breitenförderung zu
Gunsten einer elitären Spitzenförderung einiger „gesellschaftsrelevanter“ Fächer
aufgegeben wird.

865

Doch nicht nur in Finanzfragen sind verfehlte Reformen zu beobachten. So findet
eine Abkehr vom Humboldtschen Bildungsideal statt, was eine immer stärkere
Trennung von Forschung und Lehre bedingt. Die Folge einer solchen Trennung sind
verschulte, forschungsferne Studiengänge, wie sie bereits im Bachelor-Studium zum

870Standard geworden sind.

Doch auch vor der BA/MA-Umstellung wurden Studierende nur selten in Forschung einbezogen. So übernehmen studentische Hilfskräfte in der Regel keine forschungsrelevanten Aufgaben wenn sie an einem Projekt beteiligt werden.

875

Einzig in der Förderung von Frauen in der Wissenschaft ist ein, wenn auch sehr kleiner, Schritt in die richtige Richtung zu erkennen. So stellt das BMBF Gelder für die Einrichtung von bundesweit 200 „Vorgriffsprofessuren“ bereit, die durch Wissenschaftlerinnen besetzt werden sollen. Doch allein die Größenordnung zeigt:

880Die 200 „Vorgriffsprofessuren“ sind nichts weiter als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Sollten die besagten „wichtigste[n] Ressourcen“ auch in Zukunft ihre Relevanz für die Entwicklung der Gesellschaft zu behaupten in der Lage sein, muss sich vieles

885ändern. Einige dieser essenziellen Änderungen sind den vorangestellten Teilbereichen in Form von Forderungen zu entnehmen. Wieder andere, so z.B. der gesamte Bereich der Forschungsethik bedürfen grundlegender Diskussionen.